


Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
Universität St.Gallen



Ergänzungsleistungen – ein vertiefter Blick auf einen Sozialversicherungszweig

Mittwoch, 6. April 2016, Kongresshaus Zürich

«Wissen schafft Wirkung»

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
Universität St.Gallen

Krankheits- und Behinderungskosten – Einordnung in das System der Ergänzungsleistungen

Prof. Dr. iur. Hardy Landolt LL.M.


Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
Universität St.Gallen

Inhalt

- Ausgangslage
- Bundesrechtliche Minimalvorschriften
- Kantonale Kompetenzen
- Vergütungsfähige Kosten
- Koordination

3

AUSGANGSLAGE


Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 **Universität St. Gallen**

Neuregelung im Rahmen des NFA

- Vor dem Inkrafttreten NFA war die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bundesrechtlich geregelt
- Verordnung vom 29. Dezember 1997 über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (ELKV) wurde per 1.1.2008 aufgehoben

5


**BUNDESRECHTLICHE
MINIMALVORSCHRIFTEN**

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis

Universität St. Gallen

Bundesrechtliche Minimalvorschriften

- ELG 14 statuiert bundesrechtliche Minimalvorschriften
- Anspruch steht EL-Bezügern zu; Mitberücksichtigung von Angehörigen, die in die Berechnung der jährlichen EL einbezogen sind (WEL 5220.01)
- Vergütungsfähige Kosten (ELG 14 I)
 - zahnärztliche Behandlung
 - Hilfe, Pflege und Betreuung zu Hause sowie in Tagesstrukturen
 - ärztlich angeordnete Bade- und Erholungskuren
 - Diät
 - Transporte zur nächstgelegenen Behandlungsstelle
 - Hilfsmittel
 - die Kostenbeteiligung nach Artikel 64 KV


7

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis

Universität St. Gallen

Bundesrechtliche Minimalvorschriften

- Mindestbeträge (ELG 14 III)
 - CHF 25 000 für Versicherte, die zuhause leben
 - CHF 6 000 für Versicherte, die in einem Heim leben
- Erhöhung der Mindestbeträge für Bezüger einer Hilflosenentschädigung der IV oder UV
 - CHF 90 000 bei schwerer Hilflosigkeit (ELG 14 IV)
 - CHF 60 000 bei mittlerer Hilflosigkeit (ELV 19b I)
 - soweit die Kosten für Pflege und Betreuung nicht gedeckt sind durch die Hilflosenentschädigung und den Assistenzbeitrag der AHV oder der IV
 - „Diese besondere Höchstgrenze bezweckt pflege- und betreuungs-bedürftigen Personen die Gelegenheit zu geben, möglichst lange selbstständig wohnen zu können und nicht in ein Heim eintreten zu müssen.“


8

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis

Universität St. Gallen

Bundesrechtliche Minimalvorschriften

- Erhöhung der Mindestbeträge für verheiratete Bezüger einer Hilflosenentschädigung der IV oder UV
 - CHF 180 000 für beide Ehegatten, die je schwerhilfos sind
 - CHF 120 000 für beide Ehegatten, die je mittelschwer hilflos sind
 - CHF 150 000, wenn ein Ehegatte schwer und der andere mittelschwer hilflos sind
 - CHF 115 000 / 85 000, wenn nur ein Ehegatte schwer/mittelschwer hilflos ist

9

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen


Bundesrechtliche Minimalvorschriften

- Keine Erhöhung des Mindestbetrages von CHF 25 000, wenn die versicherte Person vor Eintritt ins AHV-Alter keine Hilflosenent-schädigung der IV bezog
- betragliche Limitierung verletzt weder das Gleichbehandlungsgebot (BV 8 I und EMRK 14) noch das Recht auf Familienleben (BV 13 I EMRK 8 I (BGE 138 I 225 E. 3.5-3.9).

10

KANTONALE KOMPETENZEN

11

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen


Kantonale Kompetenzen

- Übernahme von zweckmässigen und wirtschaftlichen Kosten (ELG 14 II), zusätzlich gilt Schadenminderungspflicht (ATSG 21)
- Festlegung von Höchstbeträgen (ELG 14 III)
 - Beschränkung der Kosten der Haushaltshilfe auf jährlich CHF 4 800 (auch für ein Ehepaar) ist zulässig (VGerTG vom 27.10.2010= TVR 2010 Nr.30)
- Auszahlung noch nicht bezahlter Kosten an den Rechnungssteller (ELG 14 VII)

12

VERGÜTUNGSFÄHIGE KOSTEN


13

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen

Massgeblicher Zeitraum

- ELG 14 I: „im laufenden Jahr entstandene Kosten“
- Laufendes Jahr bedeutet:
 - Zeitpunkt der Inanspruchnahme derversicherten Dienst- oder Sachleistung (WEL 5100.01)
 - Zeitpunkt der Kostenverrechnung gegenüber dem Versicherten
 - Zeitpunkt der Bezahlung durch den Versicherten
- Bei Wohnsitzwechsel gilt das Kalenderjahr der Inanspruchnahme (WEL 5320.02)


14

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen

Einreichungsfrist

- Rechnungen/Quittungen sind innerhalb von 15 Monaten seit (Kenntnis der) Rechnungsstellung geltend zu machen (ELG 15 a und WEL 5250.01)
- Auch Diätkosten sind innerhalb von 15 Monaten seit Rechnungsstellung geltend zu machen (BGer 9C_462/2012 vom 26.02.2013 E. 4.3)


15

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen

Austauschbefugnis

- Der Versicherte kann sich auf die Austauschbefugnis berufen
 - BGer 9C_36/2010 vom 07.04.2010: teurere Implantatversorgung anstelle einer wirtschaftlicheren Teilprothese
 - Kosten für Zahnbehandlungen im Ausland sind zu übernehmen, wenn die Behandlung im Ausland notwendig war oder nur in Ausland durchgeführt werden konnte (KGerFR 605 2012-56 vom 03.09.2013)


16

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen

Zahnärztliche Behandlung

- Behandlungsempfehlungen der Vereinigung der Kantonszahnärzte und Kantonszahnärztinnen der Schweiz (VKZS) können verbindlich erklärt werden
- Vergütungsfähig sind lediglich einfache, wirtschaftliche und zweckmässige Zahnbehandlungen
 - Bestehenlassen der Einzelzahnücke (BGer9C_576/2013 vom 15.04.2014)
 - Ersatz einer im Altersheim verloren gegangenen Zahnprothese (KGer FR 608 2014 80 vom 07.10.2015)
 - nicht Brückenversorgung (SozVesGer ZL 2012.00045 vom 25.09.2013)
 - nicht Porzellanbrücke (Zähne 17-15) sowie ein Implantat mit Porzellankrone (SozVesGer ZH ZL 2012.00033 vom 14.08.2013)
 - nicht Versorgung der Zahnücke im rechten Unterkiefer mit einem Implantat (SozVesGer ZH ZL 2008.00030 vom 29.12.2009)

17

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen

Zahnärztliche Behandlung

- Kostenvoranschlag begründet lediglich widerlegbare Vermutung (BGE 131 V 263 E. 5.3)
- Mitwirkungspflicht der versicherten Person, insbesondere Erteilung der Einwilligung zur Auskunftserteilung an den Vertrauenszahnarzt (SozVesGer ZH ZL 2011.00014 vom 31.08.2012)

18

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen

Hilfe, Pflege und Betreuung

- **Hilfe, Pflege und Betreuung**
 - Pediküre bei Diabetes (BGer 9C_802/2012 vom 26.09.2013 E. 3 f), nichtaber Fusspflege wegen einer Nagelanomalie (BGer P 16/03 vom 30.11.2004 E. 5.2)
 - nicht durch sozialpädagogische Familienbetreuung geleistete Erziehungshilfe (BGer P 19/03 20.12.2004 E. 4.5)
 - nicht nächtliche Salbenapplikation etwa alle zwei Stunden durch Spitex, weil weder zweckmässig noch wirtschaftlich (BGer 9C_648/2009 vom 26.03.2010 E. 2)
- **zu Hause, nicht im Heim**
 - Als Heim gilt jede Einrichtung, die von einem Kanton als Heim anerkannt wird oder über eine kantonale Betriebsbewilligung verfügt (ELV 25a I – Heimdefinition ist bundesrechtskonform BGE 139 V 358)
 - Unterbringung einer Person mit Asperger-Syndrom auf einem Bauernhof mit Betreuungskonzept gilt ohne kantonale Betriebsbewilligung nicht als Heim (SozVersGer ZH ZL 2012.00072 vom 28.06.2013)

19

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen

Hilfe, Pflege und Betreuung

- **zu Hause, nicht im Heim**
 - Kosten von Erholungsaufenthalten zur Entlastung von Angehörigen sind zu berücksichtigen, auch wenn der Aufenthalt in einem Heim oder Spital erfolge (BGer 9C_84/2009 vom 10.08.2009 E. 4.4)
- **Vergütungsfähige Kosten**
 - Differenzierung zwischen Spitexorganisationen und anderen Dienstleistungserbringern die Haushaltshilfe erbringen, ist sachgerecht (VGer TG vom 27.10.2010 – TVR 2010 Nr. 30)
 - Beschränkung der Kosten bis höchstens Fr. 45.- pro Tag ist gesetzmässig; nicht anrechenbar sind sog. Reservationskosten für Tage krankheits- oder ferienbedingter Abwesenheit (BGE 132 V 273 E. 2-5)


20

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis
 Universität St.Gallen

Hilfe, Pflege und Betreuung

- **Erwerbsausfallnachweis im kantonalen Recht**
 - Erwerbsausfallnachweis erbracht wenn Mutter ohne Pflege- und Betreuungsaufgaben aufgrund der angespannten finanziellen Lage überwiegend wahrscheinlich einer Erwerbsarbeit nachgehen würde (BGer 9C_902/2009 vom 18.01.2010)
 - Erwerbsausfall auch möglich nach Erreichendes AHV-Alters (BGer 9C_152/2010 vom 24.08.2011 E. 4.6)
 - auch die hypothetische Aufnahme oder die hypothetische Steigerung einer bestehenden Erwerbstätigkeit ist anrechenbar (BGer 8C_773/2008 E. 5.1)
 - Erwerbsausfall muss durch Pflege der versicherten Person verursacht sein; eine während einer ohnehin bestehenden Erwerbslosigkeit erbrachte Pflege ist nicht anrechenbar (BGer 9C_482/2012 vom 17.12.2012)


21

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 **Universität St.Gallen**

Hilfe, Pflege und Betreuung

- **Erwerbsausfallnachweis im kantonalen Recht**
 - ein Erwerbsausfall über 10 % ist erheblich (BGer P 18/06 vom 25.04.2007 E. 4.2)
 - dauerhaft ist der Erwerbsausfall, wenn er länger als fünf Arbeitstage andauert (BGer P 18/06 vom 25.04.2007 E. 5.2)
 - der Nachweis des Erwerbsausfalls ist trotz Untersuchungsgrundsatz von der versicherten Person bzw. dem Familienangehörigen zu erbringen (BGer 8C_227/2007 vom 23.11.2007 E. 4.4)


22

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 **Universität St.Gallen**

Bade- und Erholungskuren

- Mehrkosten für den vorübergehenden Aufenthalt eines Heimbewohners in einer anderen Pflege- und Betreuungsstätte während der betriebsferienbedingten Schliessung seines angestammten Heimes sind keine Kosten für Erholungs- oder Badekuren (BGE 129 V 378)


23

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 **Universität St.Gallen**

Diätkosten

- Diät muss lebensnotwendig sein:
 - totale Milchlaktoseintoleranz (BGer P 16/03 vom 30.11.2004)
 - multiple chemische Empfindlichkeiten – Angewiesensein auf biologische Produkte (BGer 8C_346/2007 vom 04.08.2007)
 - nicht Refluxkrankheit (Soz Vers Ger ZH ZL 201300034 vom 19.09.2014)
 - nicht cholesterinarme Kost (BGer P 16/03 vom 30.11.2004 E. 4.6)


24

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 **Universität St.Gallen**

Transportkosten

- nur zur nächstgelegenen Behandlungsstelle
 - Sanitätstransportkosten (VGer ZH VB.2010.00343 vom 22.09.2010)
 - Taxifahrt zum Heim (SozVersGerZH ZL.201000072 vom 22.09.2011)
- Unzumutbarkeit der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel
 - Muskeldystrophie Typ Duchenne (SozVersGer ZH ZL.201000072 vom 22.09.2011)
- nicht Begleitungskosten (BGer 9C_352/2015 vom 14.08.2015)


25

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 **Universität St.Gallen**

Hilfsmittelkosten

- unterschiedliche Übernahme der Liste der Hilfsmittel, Pflegehilfs- und Behandlungsgeräte (Anhang ELKV) im kantonalen Recht
- Rollstuhl/Rollator (BGer 9C_396/2013 vom 15.10.2013 E. 9.1: offen gelassen, ob Hilfsmittel oder Auslagen zusätzlich zur Heimtaxe zu übernehmen sind)

26


Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 **Universität St.Gallen**

Kostenbeteiligung gemäss KVG

- gesetzliche Franchise und Selbstbehalte, wie vom obligatorischen Krankenversicherer verrechnet (BGer 9C_406/2013 vom 31.08.2013 E. 3.2)
- nicht freiwillig höhere Franchise oder Kostenbeteiligung bei Nichtpflichtpflichtleistungen (BGer 9C_406/2013 vom 31.08.2013 E. 3.2)
 - Kostenbeteiligung bei heroingestützter Behandlung (OGerSH OGE 63/2012/B vom 14.04.2014 = Amsbericht 2014, 119)

27

KOORDINATION

Institut für Rechtswissenschaft
und Rechtspraxis
 **Universität St. Gallen**

Koordination

- Anspruch auf Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten, welche den Einnahmenüberschuss übersteigen (ELG 14 VI)
- Anrechnung der Hilflosenentschädigung und des Assistenzbeitrages bei den erhöhten Mindestbeträgen (ELG 14 IV)

**Besten Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Folien sind verfügbar unter www.lare.ch
